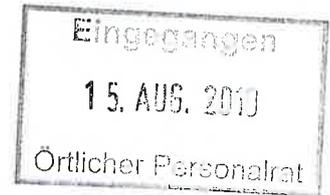


// VORSITZENDE //



GEW Baden-Württemberg • Silcherstr.7 • 70176 Stuttgart

**Örtlicher Personalrat für GHWRGS-Schulen  
beim Staatlichen Schulamt Offenburg  
Herrn Horst Kosmalla  
Freiburger Str. 26  
77652 Offenburg**

Stuttgart, 5. August 2019  
Telefon: 0711 2 10 30-10  
E-Mail: vorsitzende@gew-bw.de

#### **Beschlüsse der Personalversammlungen**

Lieber Horst Kosmalla,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

*lieber Horst,*

vielen Dank für die Zusendung der Beschlüsse der Personalversammlungen der Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen sowie Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Staatlichen Schulamt Offenburg vom 25.02.2019, 25.03.2019 und 10.04.2019. Damit unterstützen Sie die Arbeit der GEW und zeigen uns, dass unsere Positionen und Forderungen auf breite Zustimmung bei den Lehrer/innen stoßen. Darüber freue ich mich. Im Namen der GEW beziehe ich gerne zu Ihren Forderungen und Anregungen Stellung.

#### **Anträge zu Anrechnungsstunden**

Grundsätzlich vertritt die GEW die Position, dass Kolleginnen und Kollegen, die zusätzliche oder besondere Aufgaben übernehmen, eine bessere Entlastung über Anrechnungsstunden benötigen. Deshalb muss das allgemeine Entlastungskontingent dringend erhöht werden. U.a. muss es hier mehr Stunden für die von Ihnen eingeforderte EDV-Systembetreuung geben. Auch die von Ihnen genannten weiteren Aufgaben müssen mit Anrechnungsstunden unterstützt werden. So fordern wir u.a. für Klassenlehrer/innen eine feste Anrechnungsstunde in die Kontingentstundentafel aufzunehmen. Aufgrund der wachsenden Aufgaben für Klassenlehrer/innen ist diese mehr als gerechtfertigt. Ein besonderes Anliegen ist für uns auch eine deutlich bessere Ausstattung mit Anrechnungsstunden für die Kolleg/innen im Sonderpädagogischen Dienst, die mit Kooperationsaufgaben betraut sind. Diese Anrechnungsstunden müssen zusätzlich zum allgemeinen Entlastungskontingent bereitgestellt werden.

Auch die GEW spricht sich für die Anhebung der Anrechnungsstunden für die Leitung von Schulkindergärten auf das Niveau der Grundschulleitungen aus. Diese Gleichbehandlung ist aufgrund der vergleichbaren Belastungen schon seit langem überfällig. Sie fordern überdies die Anhebung der Besoldung für die Leitungen der Schulkindergärten und eine angemessene Versorgung mit Sekretariatskapazität. Auch hier können Sie auf unsere Unterstützung zählen.

### **Anträge Pädagogische Assistent/innen**

Sie haben mehrere Anträge zu den Arbeitsbedingungen der Pädagogischen Assistent/innen formuliert. Wir unterstützen diese Anträge. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit der Pädagogischen Assistent/innen spricht sich die GEW für einen Erhalt und einen Ausbau des Programms aus. So wäre es u.a. sinnvoll, Klassengrößen sowie deren sozioökonomische Zusammensetzung als Kriterien für pädagogische Assistenz zugrunde zu legen. Die GEW spricht sich deshalb für eine Weiterentwicklung des Berufsfeldes aus. Hierzu braucht es zusätzliche Finanzmittel, denn klar muss sein, dass der Ausbau nicht auf Kosten von Lehrerstellen gehen darf. Aber: Pädagogische Assistent/innen sollen die wissenschaftlichen Lehrkräfte unterstützen und entlasten und nicht ersetzen. Neben der Aufstockung der Arbeitszeit und einer perspektivisch besseren Eingruppierung muss das Kultusministerium den Pädagogischen Assistent/innen auch gangbare Wege der Weiterqualifizierung anbieten. Unter bestimmten Voraussetzungen sollte es für Pädagogische Assistent/innen möglich sein, sich zur wissenschaftlichen Lehrkraft weiter zu qualifizieren.

### **Anträge zur Digitalisierung**

Neben der allgemeinen Arbeitsbelastung ist die Digitalisierung zu einem der Top-Themen an den Schulen geworden. Ihre Anträge unterstreichen das eindrucksvoll. Dass es eine bessere Entlastung der Kolleg/innen braucht, die sich um die EDV und die damit verbundenen Aufgaben an den Schulen kümmern, habe ich bereits erwähnt. Aber das allein reicht nicht. Wichtig ist, dass endlich auch den Anforderungen des modernen Datenschutzes Rechnung getragen wird. Unbedingt muss das Kultusministerium Ihrer Forderung Rechnung tragen und allen Lehrkräften kostenlose und gesicherte Hard- und Software bereitstellen, die den datenschutzrechtlichen Bestimmungen genügen. Dass Lehrer/innen durch die aktuellen Umstände praktisch dazu gezwungen sind ihre eigenen Endgeräte zu benutzen - mit den damit verbundenen Risiken - ist ein unhaltbarer Zustand.

Zur Recht fordern Sie auch Rahmenverträge für die Pflege, Wartung und Aktualisierung dieser Geräte (und Programme) mit externen Dienstleistungsfirmen. Zusammen mit einer besseren Anrechnung für die Kolleg/innen in der EDV-Betreuung könnte so die Arbeitsbelastung aller Kolleg/innen auf ein vernünftiges und akzeptables Maß zurückgeführt werden.

### **Anträge für die Tarifbeschäftigten**

Leider werden die tarifbeschäftigten Lehrkräfte immer noch als Beschäftigte zweiter Klasse behandelt. Deshalb ist es gut, dass Sie mit mehreren Anträgen auf deren Situation hinweisen und Verbesserungen einfordern. Dass das Kultusministerium und die gesamte Landesregierung etwa bei dem riesigen Problem der Befristung über die Sommerferien nicht endlich Abhilfe schafft, ist für uns nicht erklärbar. Dass es möglich ist, Verträge auch über die Sommerferien hinweg abzuschließen, zeigt Rheinland-Pfalz. Vielleicht – hier teile ich Ihre Hoffnung – bringt der Umstand, dass Kolleg/innen aus grenznahen Regionen zu Rheinland-Pfalz jetzt dorthin abwandern, die Landesregierung dazu, ihre Politik im Sinne der Beschäftigten zu ändern.

Ich freue mich auch darüber, dass Sie unserer Forderung nach Qualifizierungsmaßnahmen und Perspektiven für befristet beschäftigte Lehrkräfte teilen. Hier haben wir wenigsten erreicht, dass das Kultusministerium nun ernsthaft an einem Qualifizierungskonzept arbeitet, das es befristet Beschäftigten an SBBZ ermöglichen soll, zu einer dauerhaften Stelle zu gelangen.

Angesichts des enormen Lehrkräftebedarfs sind wir überzeugt, dass für befristet beschäftigte Kolleginnen und Kollegen an den Schulen dauerhafte Beschäftigungen nach spezifischer Qualifizierung geschaffen werden können. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. U.a. werde ich dieses Thema nach den Sommerferien erneut mit dem beim Finanzministerium zuständigen Staatssekretär besprechen. In diesem Gespräch geht es aber nicht nur um die Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von Finanzmitteln zur Entfristung, sondern auch um eine bessere Bezahlung

für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte. Ich werde hier erneut auf die Möglichkeiten hinweisen, die der Tarifvertrag den Ländern einräumt. So kann das Land Zulagen zur Überwindung von Personalengpässen – was ist der Lehrermangel anderes? – gewähren und vor dem Einstieg in den Lehrerberuf erworbene Berufserfahrung bei der Bezahlung besser anerkennen. Dass die angestellten Lehrkräfte beim Nettoverdienst so viel schlechter da stehen als ihre verbeamteten Kolleg/innen, ist nicht hinnehmbar.

Trotz des Frustes, der durch ihre Benachteiligung bei den tarifbeschäftigten Lehrkräften besteht, dürfen wir nicht vergessen, dass unser Handeln Wirkung zeigt. In der letzten Tarifrunde konnten wir eine deutliche Anhebung der Angleichungszulage von 30 auf 105 Euro für die Kolleg/innen in den Entgeltgruppen E9 bis E11 erreichen. Möglich war dies nur, weil es viele Kolleginnen und Kollegen gibt, die Mitglied in der GEW sind und sich am Arbeitskampf beteiligt haben.

### **Anträge zur Inklusion**

Ihre Kritik an der mangelhaften Unterstützung der Inklusion an den Schulen teilen wir. Die Rahmenbedingungen für die inklusive Gestaltung des Schulalltags sind völlig unzureichend. Die aktuelle Situation ist weder für die Schülerinnen und Schüler noch für die Lehrkräfte, die in inklusiven Klassen tätig sind, hinnehmbar. Die Bezeichnung Inklusion ist für unseren Schulalltag fragwürdig.

Die Gelingensbedingungen haben Sie in Ihren Anträgen benannt. Insgesamt braucht es mehr ausgebildete Fachkräfte und eine bessere finanzielle Unterstützung für die Inklusionsschulen. Denn nur so lassen sich die konkreten Reformen in der Fläche umsetzen. Um nur einige zu nennen: Das Zweipädagogen-Prinzip ist unumgänglich, damit Inklusion überhaupt sinnvoll gestaltet werden kann, die Klassengröße in Inklusionsklassen muss deutlich gesenkt werden (max. 20 Schüler/innen) und es braucht mehr Zeit für die professionelle Begleitung der Inklusion (Besprechungs- und Beratungsstunden). Generell ist eine Entlastung aller Lehrkräfte und Schulleitungen, die mit der Inklusion betraut sind durch Anrechnungsstunden oder Deputatsermäßigungen notwendig. Sie schlagen vor, Grundschullehrkräften für den Zeitraum, indem sie inklusive Klassen betreuen, einen Gehaltsaufschlag zu geben und sie wie Sonderpädagog/innen zu bezahlen. Die GEW tritt weiterhin für A13/E13 für alle wissenschaftlichen Lehrkräfte ein.

### **Antrag: Die Benachteiligung von Grundschulen beenden**

Mit Ihrem Antrag sprechen Sie mir aus dem Herzen. Seit Jahren fordern wir eine bessere Unterstützung der Grundschulen. Was wir erleben, ist dann leider nur Symbolpolitik und teilweise sogar kontraproduktiver Aktionismus. Was wir unstrittig brauchen, ist eine zeitliche Entlastung der Lehrkräfte an den Grundschulen. Hierzu gehören Stundenzuweisungen, Deputatssenkungen und Anrechnungsstunden sowie mehr pädagogisches Personal bspw. für die Inklusion. Unbedingt nötig ist auch eine Anerkennung in Form einer besseren Bezahlung an den Grundschulen. Bei unserer Forderung einer allgemeinen Anhebung der Grundschullehrkräfte nach A13 erleben wir in Baden-Württemberg noch massiven Widerstand. Ich hoffe aber, dass wir mit unserer seit 2017 laufenden Kampagne „JA 13“ eine Initiative losgetreten haben, die bald auch zu einer Reform in Baden-Württemberg führt. Immerhin haben mittlerweile Schleswig-Holstein, Brandenburg, Sachsen, Berlin und Bremen die Bezahlung der Grundschullehrer/innen auf A13/E13 angehoben. Eine Übersicht über die aktuelle Bezahlung von Lehrer/innen in Deutschland findet sich hier: [www.gew.de/ja13/a13-stand-der-dinge](http://www.gew.de/ja13/a13-stand-der-dinge)  
Ihre Frage nach dem Konzept zur Stärkung der Schulleitungen muss ich weiterhin mit „offen“ beantworten. Ob es im nächsten Doppelhaushalt die Mittel für die Anhebung der Besoldung gibt, ist noch völlig ungeklärt. Die Erhöhung der Leitungszeit hat Ministerin Eisenmann sogar erst für die nächste Wahlperiode im Jahr 2022 vorgesehen.

**Die Schulkonferenz entscheidet langfristig über Französisch ab Klasse 1**

Ihren Antrag unterstütze ich aus zweierlei Gründen. Zum einen sollte es gerade in der Grenzregion zu unserem Nachbarland für Kinder die Möglichkeit geben, die französische Sprache frühzeitig in der Schule kennenzulernen. Wie und wann dies geschehen soll, darüber sollte die Schulkonferenz entscheiden. Eine generelle Vorgabe durch die Schulämter halte ich hier für unnötig. Sie kann im konkreten Fall sogar schädlich sein. Die Schulkonferenz vor Ort kann in dieser Frage eine informierende und für die Schule pädagogisch sinnvollere Entscheidung treffen.

### **Ethikunterricht**

Ihre Forderung das Fach Ethik ab Klasse 1 für alle Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, einzuführen, unterstützt die GEW. Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung vage angekündigt, das Schulfach Ethik vollständig zu etablieren. Leider gilt das weiterhin nicht für die Grundschulen. Die GEW fordert für alle Schüler/innen eine Werteerziehung und -orientierung ein.

### **Entscheidung über den Lernort eines Kindes**

Mit Ihrem Antrag berühren Sie ein sehr sensibles Thema. Tatsächlich kommt es immer wieder dazu, dass Entscheidungen, die sich auf der Basis der Bildungswegekonzferenz ergeben haben, von den Schulen, die die Schüler/innen aufnehmen, kritisch gesehen werden. Grundsätzlich halte ich es dennoch für richtig, dass die Eltern sehr eng in den Entscheidungsprozess eingebunden sind und letztlich auch nicht gegen den Elternwillen entschieden werden sollte. Eine Lösung kann es hier nur geben, wenn endlich die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Inklusion getroffen werden.

### **Zukunftsperspektiven für alle WRS-Lehrkräfte öffnen**

Die GEW hat die Hola-Lehrgänge bei aller Kritik an deren Ausgestaltung begrüßt, da sie vielen Kolleginnen und Kollegen eine bessere Bezahlung ermöglicht. Von Anfang an haben wir aber klar gemacht, dass die Programme noch nicht ausreichen. Die Lehrgänge müssen für alle Lehrkräfte an den WRS-Schulen und Hauptschulen geöffnet werden und nicht nur für die Lehrkräfte, die an Realschulen, Gemeinschaftsschulen oder an ein SBBZ wechseln können oder schon dort sind. Dass sich die Kolleginnen und Kollegen an den Werkrealschulen und Hauptschulen eine Bezahlung nach A13 aufgrund ihrer verlässlichen und wertvollen Arbeit schon lange verdient haben, steht für die GEW außer Frage.

### **Anträge zu Pädagogischen Tagen/Veränderung braucht Zeit und gute Konzepte**

Generell müssen mehr Ressourcen für die konzeptionelle Arbeit zur Begleitung und Steuerung der Veränderungen an den Schulen bereitgestellt werden. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen mehr Zeit für die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte, sprich Entlastung von ihrer Alltagsarbeit. Die GEW spricht sich deshalb dafür aus, dass Pädagogische Tage wieder ohne Einschränkung in der Unterrichtszeit stattfinden können. Zwar verbietet das Kultusministerium dies nicht grundsätzlich. Allerdings wurden hohe Hürden gesetzt, so wird u.a. eine Entscheidung der Schulkonferenz verlangt, der eine ‚tragfähige Begründung‘ zugrunde liegt, warum ein Pädagogischer Tag in der Unterrichtszeit abgehalten werden soll. Wir ermuntern die Kollegien ihre spezifischen Gründe zu benennen und die Auseinandersetzung mit der Schulverwaltung nicht zu scheuen.

### **Aufstiegsmöglichkeiten für Fachlehrer/innen**

Die Anliegen der Fachlehrkräfte unterstützen wir konsequent. Die GEW setzt sich für ihre Interessen ein, auch dank der intensiven Arbeit der GEW-Landespersonengruppe Fachlehrerinnen und Fachlehrer. Wir fordern eine Aufstockung der Beförderungsstellen, so dass die langen Wartezeiten endlich ein Ende haben, außerdem fordern wir als Eingangsamt A10 und den Ausbau der Weiterqualifizierung, mehr Plätze in den Aufstiegslehrgängen und deren Öffnung für Kolleginnen und Kollegen ohne Funktionsstelle. Neben einer besseren Besoldung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer setzen wir uns für eine Absenkung der Deputatsverpflichtung auf das Niveau der wissenschaftlichen Lehrkräfte an der jeweiligen Schulart ein.

### **Antrag zur Ganztageschule**

Die GEW spricht sich für den Ausbau der gebundenen Ganztageschule aus. Damit der Aufbau und der Betrieb der gebundenen Ganztageschule gelingen kann und auf Dauer zu einem Erfolg wird, muss das Land hier erhebliche Mittel investieren. Die Lehrkräfte müssen aufgrund der erheblichen zeitlichen Belastung beim Faktor Zeit entlastet werden. Unabdingbar ist deshalb eine Absenkung des Deputats. Alleine diese Maßnahme wird erreichen, dass der sehr hohe Krankenstand – eine direkte Folge der hohen Belastung – sinken wird. Entlastet werden muss auch die Schulleitung, da deren Aufgabenprofil an einer Ganztageschule noch einmal umfangreicher ist, als an einer klassischen Halbtageschule. Neben einer Reduzierung der Lehrverpflichtung ist deshalb der Aufbau bzw. Ausbau der Verwaltungsassistenz erforderlich. Notwendig ist zudem die bessere Einbeziehung von Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen in die Arbeit an den Ganztageschulen. Des Weiteren muss natürlich auch an den Konzepten für die Ganztageschule gearbeitet werden. Für diese Konzeptions- und Reflexionsarbeit braucht es Zeit, die letztlich nur über eine bessere Personalausstattung gewonnen werden kann.

### **Resolution: 110% Unterrichtsversorgung und Unterrichtsqualität sicherstellen**

Diese Resolution, die auf der Teilpersonalversammlung der Schulleitungen verabschiedet wurde, spiegelt das Dilemma der Schulpolitik in Baden-Württemberg gut wieder. Alleine der Umstand, dass Sie Ihre Forderung zum wiederholten Male an die Landesregierung richten und auch mir zur Kenntnis geschickt haben, zeigt, dass die Landesregierung im Bildungsbereich immer noch viel zu wenig unternimmt. Nicht nur in der Ortenau ist die Unterrichtsversorgung nicht gewährleistet, was zwangsläufig zu einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen führt. Ich teile Ihre Befürchtung, dass ländliche Regionen stärker als städtische Regionen vom Lehrermangel betroffen sein werden. Es ist an der Zeit, dass die Kultusministerin hier gegensteuert. Mittel- und langfristig müssen die Ausbildungskapazitäten weiter hochgefahren werden und kurzfristig müssen Quereinsteiger/innen gesucht und dann berufsbegleitend weiterqualifiziert werden. Gedanken machen muss sich die Landespolitik auch darüber, wie man Stellen im ländlichen Bereich attraktiver machen kann.

Ich wünsche Ihnen für das neue Schuljahr alles Gute, viel Kraft und weiterhin Freude an Ihrer Arbeit. Sie leisten eine gleichermaßen wertvolle Arbeit für die Schülerinnen und Schüler wie für unsere Gesellschaft. Als Vorsitzende der GEW kann ich Ihnen zusichern, dass wir uns im neuen Schuljahr weiter mit voller Kraft für die Verbesserung Ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen werden. Ein wichtiges Thema, das wir schon während des Personalratswahlkampfes in den Vordergrund gerückt haben, ist die Arbeitszeit. Hier brauchen wir eine Entlastung, damit Sie gut und gesund arbeiten können. Die GEW stellt fest: Es ist Zeit für mehr Zeit!

Mit kollegialen Grüßen



Doro Moritz